

DEUTSCHLAND

Bundesgarantien für Indien und Argentinien sind wieder möglich

Investitionen können gegen politische Risiken abgesichert werden

BERLIN (NfA)--Eine positive Nachricht ist aus Berlin zu vermelden: Der Bund gewährt wieder Investitionsgarantien für Indien und nach knapp 18 Jahren auch von Neuem für Argentinien. Über die Hintergründe haben wir uns mit Herwig Maaßen unterhalten, Senior Manager beim Beratungsunternehmen PricewaterhouseCoopers, das mit der Abwicklung der Anträge beauftragt ist.

Seit der Kündigung des Investitionsförderungs- und -schutzvertrags (IFV) durch New Delhi mit Wirkung zum 3. Juni 2017 konnte die Bundesregierung keine Garantien für Investitionen deutscher Unternehmen auf dem Subkontinent mehr übernehmen. Angesichts der Bedeutung des indischen Marktes hat sich Berlin nach eigenen Angaben zufolge nach „intensiver Risikoanalyse“ nun bereiterklärt, die Prüfung von Anträgen wieder aufzunehmen und darüber auf „Basis der innerstaatlichen Rechtsordnung“ Indiens zu entscheiden. Um dem im Vergleich zu einem IFV dabei erhöhten Rechtsschutzrisiko Rechnung zu tragen, hat der Bund für die Garantieübernahme ein erhöhtes Entgelt von 0,6% sowie eine höhere Selbstbeteiligung für den Enteignungsfall von 10% festgesetzt.

Das Interesse der deutschen Wirtschaft an Indien sei sehr hoch, so Maaßen. Seit Jahren zähle der Subkontinent neben China und Russland zu den Top-3-Ländern im Garantiebestand. Das Volumen der Anträge, über die der Interministerielle Ausschuss (IMA) seit Mitte 2017 nicht entscheiden konnte, bezifferte er auf rund 600 Mio Euro. Aus diesem Grund habe sich der Bund entschieden, nicht auf ein neues Abkommen New Delhis mit Brüssel zu warten und erstmalig nach Kündigung eines IFV wieder Garantieübernahmen auf Grundlage der nationalen Rechtsordnung zu ermöglichen, betonte der PwC-Experte im NfA-Gespräch.

INFO:

Alle Förderinstrumente des Bundes auf einen Blick:

<https://bit.ly/2DtcCL9>

Gute Neuigkeiten gibt es auch im Falle Argentinien. Aufgrund eines bis dato nicht beigelegten Schadensfalls konnte der Bund seit 2001 keine Garantien mehr für das südamerikanische Land übernehmen.



Indien: Ein riesiger und weiter wachsender Markt.

Nach einer mit Buenos Aires im Dezember 2018 erreichten Lösung ist die Regierung dennoch ab sofort wieder bereit, die Übernahme von Garantien für Investitionen deutscher Unternehmen in Argentinien zu prüfen. Die dafür erforderlichen Rechtsschutzvoraussetzungen sind den Angaben aus Berlin zufolge durch den 1993 in Kraft getretenen deutsch-argentinischen Investitionsförderungs- und -schutzvertrag gegeben.

Bei der Entscheidung über die Garantieanträge werden die (finanz-)politischen Entwicklungen im Land natürlich genauestens beobachtet, zumal auch hier Wahlen anstehen und Präsident Mauricio Macri derzeit stark unter Druck steht. Auch für Argentinien zeigt sich ein großes Interesse deutscher Investoren nach Absicherung ihres Engagements. Die Wiedereröffnung der Investitionsgarantien für Argentinien dürfte daher eine Reihe von deutschen Investitionen im Land ermöglichen und sei daher im Interesse beider Länder, erläuterte Maaßen.

AUS DER REDAKTION

Die (un)endliche Geschichte

In gut zwei Monaten ist es also soweit: Großbritannien wird aus der EU ausscheiden. Das zumindest galt bislang als sicher. Doch nun scheint auch eine Verschiebung des Brexit möglich - ebenso wie der unregelte Austritt.

Nach wie vor liegt der Schwarze Peter in London und Brüssel hält sich mit Wortmeldungen und Ratschlägen weitgehend zurück, wohlwissend, dass ein harter Brexit auch am Festland nicht spurlos vorbeigeht.

Die Vorbereitungen auf das „Chaos“ laufen auch in Deutschland. Bei der Zollverwaltung wurden rund 900 neue Planstellen bewilligt (Seite 4) und die Logistikbranche ist trotz drohenden Zollkontrollen und erwarteten Problemen in den Lieferketten zuversichtlich, die Situation meistern zu können (Seite 6).

Aber natürlich ist nicht alles schlecht, auch wenn der IWF seine Prognosen für die Weltkonjunktur ein weiteres Mal zurückgenommen hat. Ein Lichtblick für die Außenhändler sind die Freihandelsabkommen, die die EU abgeschlossen hat oder verhandelt. So liegt der Vertrag mit Vietnam zur Abstimmung beim Europäischen Rat (Seite 4). Indes hat Brüssel eine Umfrage unter europäischen Exporteuren in Bezug auf die Ursprungsregeln in Freihandelsabkommen ausgewertet - mit durchwachsenen Ergebnissen. Auch hier kann es nur besser werden,

Ihre NfA-Redaktion

COMPLIANCE

Belastung oder Wettbewerbsvorteil?

SEITE 3

ASEAN

Großes Potenzial im Bereich der Logistik

SEITE 6

DEUTSCHLAND

Wachsende Sorgen der Exportwirtschaft

SEITE 15

ENTSENDUNG

Scharfe Kontrollen in Frankreich

Das müssen Unternehmen beachten / Interview mit Alexander Langhans, Visumpoint

FRANKFURT (NfA)--Regelmäßig entsenden Unternehmen ihre Mitarbeiter innerhalb Europas, mitunter auch für kurzfristige Einsätze. Was hierbei im Vorfeld zu beachten ist, um keine Strafen zu riskieren, erklärt Alexander Langhans, Inhaber des Global-Mobility-Dienstleisters Visumpoint.

NfA: Wann ist ein Mitarbeiterereinsatz meldepflichtig?

Langhans: Leider lässt sich dies nicht pauschalisieren. Immer, wenn es sich um einen Mitarbeiterereinsatz eines EU-Bürgers in einem anderen EU- oder EFTA-Staat handelt, ist gegebenenfalls eine Meldung erforderlich. Diese ist zunächst - allgemein formuliert - immer dann Pflicht, wenn das jeweilige Zielland den Einsatz vor dem Hintergrund der EU-Entsenderichtlinie als „entgeltliche Dienstleistungserbringung“ definiert. Leider besteht keine europaweit einheitliche Regelung. Ob es sich nur um eine Geschäftsbesprechung, einen Messebesuch, die Inbetriebnahme von Maschinen oder andere Montage- und Arbeitseinsätze handelt - jeder Einsatz muss individuell betrachtet werden. Als eine Art Faustregel lässt sich aber festhalten, dass Tätigkeiten im Bau- und Baunebengewerbe immer meldepflichtig sind. Meetings, Vertragsverhandlungen und Konferenzen sind meist befreit - aber eben nicht immer. Insbesondere Frankreich sieht hier strenge Regelungen vor.

Welche Dokumente sind nötig, um allen Vorgaben zu entsprechen?

Für eine EU-Meldung sind zunächst vor allem Angaben zum Einsatz und den beteiligten Firmen, zu den Arbeitszeiten und zur Entlohnung notwendig. Bei Kontrollen vor Ort müssen dann Nachweise in Form entsprechender Dokumente erbracht



Auf dem Bau und auf Messen wird besonders häufig kontrolliert.

werden. Hierbei handelt es sich natürlich einerseits um den Meldenachweis, aber beispielsweise auch um eine A1-Bescheinigung, Mitarbeiterverträge, Gehalts-, Stunden-, und Qualifikationsnachweise und weitere Unterlagen. Je nach Ländervorgabe muss gegebenenfalls ein Ansprechpartner oder eine sogenannte Repräsentanz im Zielland benannt werden, an die wiederum individuelle Anforderungen gestellt werden. Übrigens: Eine A1-Bescheinigung ist bei allen geschäftlichen Reisen innerhalb der EU erforderlich - unabhängig davon, ob der Einsatz meldepflichtig ist. Dies betrifft auch die klassischen Businessmeetings.

Inwieweit wird kontrolliert?

Generell lässt sich eine Zunahme der Kontrollen seit 2016 feststellen, wodurch Lohn- und Sozialdumping verhindert und eigene Arbeitsmärkte geschützt werden sollen. In Frankreich wurden Entsandte an Raststätten von Zivilbeamten der „Meldepolizei“ in

scheinbar harmlose Gespräche verwickelt, bevor diese sich zu erkennen gaben und den Nachweis der ordnungsgemäßen Meldung forderten. Insbesondere im Bau- und Baunebengewerbe sowie im Messebau und auf Messen selbst werden Vor-Ort-Kontrollen durchgeführt. Uns liegen auch Berichte vor, denen zufolge Entsandten der Zutritt zum Werksgelände des Geschäftspartners bereits an der Pforte verweigert wurde.

Was passiert bei einem Verstoß?

Hier gehen die Sanktionen weit auseinander. Je nach länderspezifischen Regelungen, Schwere des Verstoßes und auch der Häufigkeit, mit der eine Firma auffällig wird, bewegen sich die Strafen zwischen 200 und 500.000 Euro und können bei wiederholten Verstößen bis zur Sperrung des Unternehmens für den Wirtschaftsmarkt des Ziellandes gehen. Die Schweiz veröffentlicht sogar online „Blacklists“ von sanktionierten Unternehmen.

Wie können Firmen ihre Mitarbeiter und sich selbst davor schützen?

Der bürokratische Aufwand stellt viele Unternehmen vor immense Herausforderungen, das merken auch wir am steigenden Beratungsbedarf. Wichtig ist, jetzt zu analysieren, welche Reise- oder Entsendebewegungen tatsächlich stattfinden. Welche Länder werden bereist? Welche Tätigkeiten werden vor Ort ausgeführt? Anschließend lässt sich durch gezielte Informationseinholung besser abschätzen, ob und in welcher Form Handlungsbedarf besteht. Ist dies der Fall, müssen operative Prozesse definiert werden. Outsourcing kann sich danach als sinnvoll erweisen.

IMPRESSUM

Nachrichten für Außenhandel

Märkte der Welt

Redaktion: +49 (0) 69 / 66 56 32 25

Internet: www.maerkte-weltweit.de

Abo-Service: Ann-Karin Heyer

+49 (0) 69 / 66 56 32 15

E-Mail: abo@maerkte-weltweit.de

Anzeigen: Dagmar Hummel

+49 (0) 69 / 66 56 32 20

dagmar.hummel@mbmmedien.de

Herausgeber und Verlag:

MBM GmbH, Rudolfstraße 22-24,

60327 Frankfurt am Main;

HRB 89510 Frankfurt

Geschäftsführer: Martin Brückner

Chefredaktion: Martin Brückner

martin.brueckner@maerkte-weltweit.de

Redaktion: redaktion@maerkte-weltweit.de

H. Jürgen Heinbuch

Jesko Neeb

Marian Pawelka

Tobias Breitwieser

Eva Murtzen

Grafiken: Muhammet Simsek

Bildernachweise: Shutterstock

Die NfA stützen sich neben umfangreicher Eigenberichterstattung auch auf Dow Jones Newswires und weitere Nachrichtenagenturen, bei Charts und Kursen auch auf AID sowie auf Berichte der Germany Trade and Invest - Gesellschaft für Außenwirtschaft und Standortmarketing mbH. Inhalt nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr.

Alle Rechte vorbehalten. Es wird darauf hingewiesen, dass hinsichtlich der Inhalte Urheberrecht besteht. Kopien, Nachdrucke, Weitergaben im Umlauf, Übersetzungen, Bearbeitungen, Auswertungen oder Vervielfältigungen bzw. Verbreitung oder Nutzung für Verbreitungen in allen Medien (gedruckt oder elektronisch) sind nur mit vorheriger Genehmigung durch MBM GmbH gestattet. Zuwiderhandlungen werden rechtlich verfolgt!

COMPLIANCE

Fallstricke und blinde Flecken

Belastung oder Wettbewerbsvorteil? / Fallbeispiele von Control Risks

FRANKFURT (NfA)--„Unternehmen dabei zu helfen, sichere, konforme und widerstandsfähige Organisationen zu schaffen, die es ihnen ermöglichen, Risiken einzugehen und deren Vorteile zu nutzen, bilden seit Jahrzehnten den Kern der Mission von Control Risks.“ Derart charakterisiert sich das Strategieberatungsunternehmen, das sich auf Politik-, Sicherheits- und Integritätsrisiken spezialisiert, selbst.

Man habe „zahlreiche Compliance-kritische Situationen und Krisen“ erlebt, heißt es aus Frankfurt. Unternehmen sollten sich darüber bewusst werden, dass die Compliance keine Belastung sein müsse, sondern gar einen Wettbewerbsvorteil darstellen könne. Entsprechend gehalten sind die folgenden Fallbeispiele.

Situations- oder marktorientierte Faktoren, einschließlich politischer Entwicklungen wie Wahlen und zunehmende geopolitische Spannungen, führen ebenso zu erhöhten Risiken wie Schwachstellen in den Programmen der Unternehmen. Manchmal befinden sich selbst Firmen mit hoch entwickelten Systemen zur falschen Zeit am falschen Ort oder sind einfach nicht auf große Marktereignisse vorbereitet. Die Einbeziehung von Bewertungen externer Entwicklungen kann die Wahrscheinlichkeit verringern, dass dies geschieht.

Dies wird naturgemäß in den Bereichen Umwelt, Soziales und Governance (ESG) eher praktiziert - und weniger im Hinblick auf Bestechung und Korruption (ABAC), Betrug und gar das Sanktionsrisiko. Durch die Erweiterung des Blickwinkels können sich Unternehmen besser auf situations- oder marktorientierte Compliance-Risiken konzentrieren und lokale oder situativ geeignete Lösungen modellieren. Auch können die Kontrollen in Umgebungen mit hoher Durchsetzung oder starker Politisierung verbessert werden.

Die Einhaltung von Vorschriften

Verstöße oder Versäumnisse der Compliance haben weit über die gesetzlichen Sanktionen hinaus Konsequenzen. Sie können erhebliche Herausforderungen oder Hindernisse für das Geschäft vor Ort und in anderen Teilen der Welt schaffen. In der Tat nehmen Compliance-bedingte Krisen weltweit zu. Sie gehen nicht selten mit Lizenzverlusten, zivilgesellschaftlichen Maßnahmen, Betriebs- und Unternehmensstörungen sowie regulatorischem Druck einher. Diese Probleme können erhebliche Reputations-, Betriebs- und Finanzauswirkungen haben.

Die Berücksichtigung der Folgen ist der Ausgangspunkt, um Verknüpfungen zwischen Risikomanagern und anderen Teilen des Unternehmens herzustellen. Dieser Ansatz hat zwei unmittelbare Vorteile: Erstens ermöglicht er es Compliance-Teams, das Buy-In des Unternehmens zu sichern und auf Geschäftsressourcen zurückzugreifen, um realistische Optionen zu finden. Zweitens schärft es den Blick der Compliance-Abteilung und anderer Geschäftsteams, um zu erkennen, wann ein Verstoß weitere Risiken auslösen kann.

Das Problem mit Sanktionen

Ein übertrieben legalistischer Ansatz für das Sanktionsmanagement, bei dem Personen und Organisationen und andere Listen geprüft werden, ist nicht länger optimal oder angemessen. Einige Sanktionsregime (EU und USA in Bezug auf den Iran) konkurrieren und schließen sich gegenseitig aus, andere werden nicht einmal als Sanktionen bezeichnet (Katar). Wenn Sie das Länder- oder das Branchenrisiko in die Bewertung einbeziehen, können Geschäfte identifiziert werden, die aufgrund von Änderungen im politischen Umfeld unter Sanktionen stehen oder mit diesen in Verbindung gebracht werden können.

Die Ressourcen sind oftmals knapp und Teams müssen sorgfältig abwägen, wo sie die größte Wirkung entfalten. Die Verwendung eines umfassenden, risikobasierten Ansatzes und einer kreativen Betrachtung in- und externer Faktoren beim Benchmarking und bei der Festlegung von Prioritäten, kann helfen. Der erste Schritt zum Erreichen dieses Ziels besteht gemeinhin darin, dass Unternehmen auf ihre Ausgangsrisikoeinschätzung zurückblicken und jährliche Strategiepläne auf die als „höchstes“ Risiko eingestuften Bereiche ausrichten. Das ist leichter gesagt als getan, wenn die Teams auch mit der täglichen Transaktionsunterstützung fertig werden müssen.

In diesem Sinne ist der zweite Schritt die Optimierung. Ein kleines Team wird durch Due-Diligence-Untersuchungen zeitweise ausgebremst. Es könnte sinnvoll sein,

diese Aufgaben auszulagern. Die Tools haben sich in den letzten Jahren erheblich weiterentwickelt: Es gibt mehr Möglichkeiten, kostengünstige, zentralisierte Verwaltungsplattformen einzusetzen.

Kontrolle und Training

Selbst Programme, die auf dem Papier gut aussehen, müssen auf ihre Eignung in der Praxis geprüft werden. Unternehmen, die keine regelmäßigen Prüfungen oder proaktive Tests durchführen, erkennen Mängel bei der praktischen Anwendung ihres Programms deutlich seltener. Umgekehrt können Firmen, die die Arbeit durch die fokussierte Anwendung richtig priorisieren, Tests effizient mit größtmöglicher Wirkung einsetzen. Tools zur Datenanalyse und zum Testen von Transaktionen sind ein guter Ausgangspunkt. Ihre Anwendung ermöglicht es Unternehmen, verschiedene Datenpunkte oder -sätze miteinander zu verknüpfen und Flashpoints abzubilden, an denen größere Ressourcen nötig sind.

Schulungen, die nicht per definitionem auf bestimmte Aufgabenbereiche zugeschnitten werden, sind in Geschäftsbereichen, in denen die Risiken am höchsten sind, nur eingeschränkt sinnvoll. Unternehmen, die Programme entwickeln, die auf spezielle Bereiche wie das Rechnungswesen abzielen, werden größeren Erfolg haben. Wenn während der Schulungen Fallstudien aus der Praxis verwendet werden, sollten diese speziell an die Thematik angepasst werden. Im Fokus müssen Fragen stehen wie „Was haben wir falsch gemacht, um in diese Situation zu gelangen?“, „Was können wir besser machen?“ oder „Vor welchen Herausforderungen würden Sie bei der Anwendung dieser Managementstrategien stehen und worin sind diese begründet?“

Erfahrene Manager wissen, dass Risiken immer miteinander verbunden sind, und die Instrumente, mit denen sie gesteuert werden, sollten dies auch widerspiegeln. Die Möglichkeiten zur Verwendung von Daten zur Erkennung von Risiken und Missständen können „erschreckend“ sein. Gleichzeitig haben sich regionale Nuancen und geopolitische Dynamiken, die einen direkten Einfluss auf die Compliance haben, noch nie so schnell entwickelt, sodass die Nutzung erhebliche Vorteile bringen kann.

VIETNAM

Mehr Spielraum für deutsche Konzerne

Abkommen verbessert den Zugang zu öffentlichen Ausschreibungen / Von Frauke Schmitz-Bauerdick

HANOI (NfA/GTAI)--Zur Zeit liegt das Freihandelsabkommen (FTA) zwischen der Europäischen Union und Vietnam zum Abstimmungsprozess beim Europäischen Rat. Wenn der Rat seine Zustimmung erteilt, muss als letzte Instanz das Europäische Parlament über die Ratifizierung des FTA entscheiden. Beobachter hoffen auf ein Inkrafttreten noch in diesem Jahr.

Kernaspekt des Abkommens ist sicherlich der Abbau von Zollschränken und eine Erleichterung der europäisch-vietnamesischen Handelsbeziehungen. 99% aller Zölle auf Warenlieferungen aus Europa sollen innerhalb von zehn Jahren nach Inkrafttreten abgebaut werden.

Insbesondere Abgaben auf europäische Exporte aus dem Bereich Nahrungsmittel, Maschinen- und Anlagen sowie Pharmazeutika sollen, je nach Produktgruppe, entweder sofort oder schrittweise innerhalb einer sieben- bis zehnjährigen Übergangsfrist in der Regel vollständig beseitigt werden.

Zudem verpflichtet sich Vietnam, europäischen Unternehmen einen besseren Zugang zu öffentlichen Ausschreibungen zu gewähren. So sind europäische Unternehmen ab Inkrafttreten des Abkommens berechtigt, an öffentlichen Ausschreibungen wichtiger Träger gleichberechtigt mitzubieten, wenn der Ausschreibungswert festgelegte Schwellenwerte überschreitet. Öffentliche Beschaffungen von Pharmazeutika, die bislang in der Regel für nicht in Vietnam produzierte Produkte verschlossen sind, werden schrittweise auch europäischen Anbietern geöffnet werden.

Die EU hingegen wird ab Inkrafttreten des Abkommens die Zölle auf 84% aller vietnamesischen Produktlinien streichen. Nach sieben Jahren werden 99% aller Zölle bei 0% liegen.

Verbindliche Arbeits-, Sozial und Umweltstandards

Allerdings musste Vietnam im Gegenzug zur Öffnung des EU-Marktes weitreichende Verpflichtungen eingehen. Da das FTA zu einer neuen Generation von Freihandelsverträgen zählt, liegt der Regelungsschwerpunkt nicht mehr ausschließlich auf handelspolitischen Aspekten. Vielmehr werden mit dem Abkommen auch Ziele aus den Bereichen Arbeitnehmer- und Umweltschutz sowie sozialer Entwicklung verfolgt.

Damit musste sich Vietnam unter anderem verpflichten, grundlegende Abkommen der International Labor Organization zu ratifizieren und umzusetzen. Insbesondere die Vorgabe, freie Gewerkschaften zuzulassen, stieß im kommunistischen Einparteiensstaat zunächst auf nur wenig Entgegenkommen. Das Verbot von Kinder- und Zwangsarbeit sowie Klima-

Arten- und Umweltschutz ergänzt das Portfolio. Damit wollen die Vertragsparteien verhindern, dass sich Vietnam im Bestreben, ausländische Investitionen ins Land zu locken, auf einen Unterbietungswettbewerb bei Sozial- und Umweltstandards einlässt.

Auf der Rangliste der wichtigsten Lieferländer lag Vietnam 2017 lediglich auf Rang 46 von 239 Handelspartnern. Allerdings zieht der bilaterale Handel mit satten Steigerungsraten an. So stiegen die Ausfuhren nach Vietnam laut Destatis 2017 um gut 33%. Auch in den ersten neun Monaten 2018 verzeichneten deutsche Ausfuhren ein Wachstum von immerhin noch gut 13%. Wichtigste Artikel sind Maschinen und Anlagen, gefolgt von Pharmazeutika und chemischen Produkten. Auch Medizintechnik hat gute Absatzchancen.

ZOLLSENKUNGEN:

Chemikalien: Rund 70% zollfrei nach Inkrafttreten, für den Rest je nach Produkt Zollfreiheit nach 3, 5 oder 7 Jahren.

Maschinen und Anlagen: Zollfreiheit für einen Großteil aller Maschinen und Anlagen ab Inkrafttreten, für den Rest stufenweise Senkung und Zollbefreiung nach 7 Jahren.

DEUTSCHLAND

Verwaltung genehmigt 900 neue Planstellen

KÖLN (AFP)--Bei einem harten Brexit würde Großbritannien von einem Tag auf den anderen aus europäischem Binnenmarkt und Zollunion ausscheiden - alle Waren müssten an den EU-Grenzen kontrolliert werden. Betroffen von einem ungeordneten Austritt der Briten wäre daher die Zollabfertigung an internationalen See- und Flughäfen.

Zusätzliche Stellen und ein flexibler Personaleinsatz zählen zu den Mitteln, mit denen der Zoll die Herausforderungen meistern soll. So wurden der Zollverwaltung im Zusammenhang mit dem Brexit

900 Planstellen bewilligt. Doch auch weitere Möglichkeiten der Personalwirtschaft sollen genutzt werden.

Geplant ist unter anderem, die durch den Brexit besonders geforderten Sparten des Zolls „vorübergehend durch interne Geschäftsaushilfen zu verstärken“, wie es in einer Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der Linken vom September heißt. Auch soll die Besetzung vakanter Dienstposten in allen geeigneten Bereichen der Zollverwaltung durch die Einstellung externer Beschäftigter forciert werden. Sollte eine Übergangszeit

bis Ende 2020 vereinbart werden, dürfte der Bedarf an mehr Personal im Wesentlichen durch den Einsatz eines großen Teils der neu ausgebildeten Zöllner in besonders vom Brexit betroffenen Bereichen gedeckt werden.

„Die Bundesregierung nimmt die Vorbereitungen auf den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU sehr ernst“, heißt es in der Antwort auf die Anfrage der Linkenfraktion. „Sie trifft seit Sommer 2016 Vorkehrungen für alle Austrittsszenarien, auch für den Fall eines Brexit ohne Austrittsabkommen.“

USA

Förderprogramme für deutsche Start-ups

Auswahlverfahren stellt eine Hürde dar / Von Ullrich Umann

NEW YORK (NfA/GTAI)--Für deutsche Start-ups in den USA bietet New York eine geeignete Plattform. Plätze in den deutschen Förderprogrammen sind begehrt. In New York City befinden sich für Start-ups nicht nur wichtige Geldgeber, sondern auch interessante Kunden. Zu letzteren gehören 8.000 Technologieunternehmen mit zusammen 326.000 Beschäftigten, die sich in der Metro-pole niedergelassen haben, aber auch zahlreiche Forschungs- und Bildungseinrichtungen.

Für die Anwendungsbereiche Kunst, Lifestyle und Medien ist Big Apple sogar der weitaus bedeutendste Standort in den USA. Zudem ist die durchschnittliche Kaufkraft in der Stadt sehr hoch - jährlich fliegen Millionen von Touristen aus der gesamten Welt eigens zum Konsumieren und Einkaufen ein.

Start-ups erhalten in New York auf die unterschiedlichste Art Unterstützung. Speziell für Start-ups aus Deutschland bietet die Deutsch-Amerikanische Handelskammer



Die AHK unterstützt Jungunternehmen vor allem bei der Vermarktung.

New York viermal pro Jahr ein jeweils auf fünf Tage ausgelegtes Markterschließungsprogramm unter dem Namen STEP USA an. Ziel des Programms ist es, deutsche Start-ups bei ihrer Vermarktung in den USA zu unterstützen. Dazu erhalten die Teilnehmer die Gelegenheit, sich mit den in der City vorhandenen Netzwerken, Kunden, Kooperationspartnern sowie mit potenziellen Mentoren und Investoren bekannt zu machen.

Der Geschäftsführer der AHK New York, Dietmar Rieg, fasst die aus den bisher durchgeführten Programmen gezogenen Erfahrungen gegenüber GTAI wie folgt zusammen: „Wir stellen seitens deutscher Start-ups ein hohes Interesse fest, obwohl alle Teilnehmer eine nicht unerhebliche Gebühr entrichten und darüber hinaus auch noch selbst für Flug und Unterbringung aufkommen müssen. Für uns ist das ein Beweis sowohl für die solide Qualität unseres Konzepts als auch für die inzwischen führende Rolle von New York für die Start-up-Szene insgesamt.“

Neben der AHK gibt es spezielle Programme des German Accelerator, eine vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie mitfinanzierte, jedoch privatwirtschaftlich organisierte Fördereinrichtung für deutsche Start-ups. Um auf dem US-Markt Fuß fassen zu können, ist das Programm des German Accelerator auf eine Mindestzeit von drei Monate ausgelegt, die teilnehmende Start-ups vor Ort in enger Betreuung verbringen. In speziellen Fällen ist eine Verlängerung auf bis zu sechs Monate möglich.

Zugang zu Geldgebern

Niedergelassen hat sich der German Accelerator an drei US-Standorten, und zwar in San Francisco, Boston und eben auch in New York. Die New Yorker Filiale befindet sich in der zweiten Etage eines modernen Bürogebäudes in Manhattans hippen Stadtteil SoHo. Von einem der vielen verglasten, multifunktionalen Büros aus unterstützt CEO Christian Busch die teilnehmenden Jungunternehmen aus Deutschland in enger Büronachbarschaft, praktisch in Sichtweite.

Für eine Teilnahme müssen sich deutsche Start-ups qualifizieren - bei Weitem nicht jeder Antragsteller kann berücksichtigt werden. Eventuell kann eine vorgeschaltete Teilnahme am AHK-Programm STEP USA helfen, zumal dadurch die ersten Kontakte zum German Accelerator schon hergestellt wären und auch erste Erfahrungen und Grundwissen darüber vorliegen, was ein Start-up in den USA und speziell in New York erwartet.

„Die Auswahlkriterien für unser Programm sind durchaus streng, denn wir müssen bei beschränkten Ressourcen von den geschäftlichen Erfolgsaussichten eines Kandidaten überzeugt sein“, so Christian Busch vom German Accelerator. „Wer es aber geschafft hat, bekommt hier bei uns einen oder mehrere Arbeitsplätze in einem unserer Büros und kann von unserem Rat, unseren Erfahrungen und unseren Netzwerken profitieren. Wir führen die Neuankömmlin-

ge zu potenziellen Geldgebern, bereiten sie auf Pitches vor, stellen Kontakte zu bereits erfolgreich etablierten Start-ups her und helfen unter anderem bei der Ausarbeitung einer Vermarktungsstrategie in den USA, bei der Einstellung geeigneten Personals sowie bei der Einholung der Aufenthaltsgenehmigungen oder Steuernummern.“

Neben den Programmen der AHK und des German Accelerator bieten auch die Stadtverwaltung New York und der Bundesstaat New York spezielle Förderungen für Start-ups an. In bestimmten Fällen muss ein antragstellendes Start-up bereits vor Ort im Firmenregister registriert sein, etwa für das „Start-up New York Program“. Manchmal ist dies nicht nötig, so beim „New York Start-up Lab“.

Für einen ersten Überblick über das breite Spektrum an Möglichkeiten für Start-ups empfehlen sich die Informationsportale Digital.NYC und New York City Tech. Sie geben Hinweise unter anderem auf Inkubatoren, Workspaces und Geldgeber sowie Bewerbungsverfahren und Teilnahmebedingungen bei Programmen.

INFO:

AHK USA
<https://bit.ly/2R2GcKv>

AHK NY
<https://bit.ly/2FETYa4>

STEP USA
<https://bit.ly/2RZXUmT>

STEP USA
<https://bit.ly/2FLrru1>

German Accelerator
<https://bit.ly/2U0AFGs>

Start-up New York Program
<https://bit.ly/2FETYa4>

New York Start-up Lab
<https://bit.ly/2sDDFNG>

NYC Economic Development Corporation
<https://bit.ly/2kuMN2M>

Digital.NYC
<https://bit.ly/1yzqEn1>

New York City Tech
<https://bit.ly/2dKvt5g>

SÜDOSTASIEN

Wachstum im Schatten Chinas

Riesiges Potenzial in den ASEAN-Staaten

BASEL (NfA)--Die Länder Südostasiens könnten vom chinesisch-amerikanischen Handelskonflikt profitieren. Allerdings seien die Unterschiede zwischen den Staaten noch groß, wie Marko Wölfli im International Transport Journal schreibt.

Die Weltwirtschaft ist in Sorge wegen des Handelskrieges zwischen Beijing und Washington. Die ganze Weltwirtschaft? Nein! Die Indochinesische Halbinsel mit den Staaten Thailand, Laos, Kambodscha und Vietnam sieht sich als Profiteur des Konflikts. Mehrere Unternehmen verlagern ihre Produktionsstätten aus China in die Region, um den amerikanischen Zöllen auszuweichen. Diese Entwicklung ist zwar nicht ganz neu, da das steigende Lohnniveau in China bereits früher zu einer Verschiebung führte. In den letzten Monaten hat sich der Trend aber verstärkt.

Für die Volksrepublik dürfte die Abwanderung einiger Fabriken zu verschmerzen sein, für die kleinen Nachbarn im Südosten dagegen bedeuten bereits „ein paar Krümel“ von der Wirtschaftskraft des nahen Giganten eine einschneidende Veränderung der heimischen Wirtschaft. Um Unternehmen zu einem Umzug zu bewegen, ist allerdings auch eine passende logistische Infrastruktur nötig. In diesem Bereich haben die Staaten Südostasiens oftmals noch Nachholbedarf.

Dieser ist allerdings erkannt. So hat Kambodscha bereits vor zwei Jahren einen Logistik-Masterplan entwickelt, mit dem das Land zu einem Knotenpunkt werden

will. Dafür sollen in den nächsten sieben Jahren 19 Mrd US-Dollar investiert werden. Im Fokus stehen Projekte, wie der sogenannte ASEAN-Highway, der eine direkte Verbindung nach China werden soll und Investitionen in die Hafeninfrastruktur der Stadt Sihanoukville. An der Finanzierung dieser Projekte wollen sich auch die Weltbank und die japanische Entwicklungsgesellschaft JICA beteiligen.

Vietnam klettert im Logistics Performance Index

Schon einen Schritt weiter ist Vietnam. Das Land hat sich in den letzten Jahren zu einer wahren Drehscheibe entwickelt.



Das Selbstbewusstsein wächst – und damit auch die Messestände der Unternehmen.

Das schlug sich auch im Logistics Performance Index 2018 nieder, in dem Vietnam um 25 Plätze nach oben kletterte. Rund 3.000 Unternehmen aus dem Logistiksektor sind mittlerweile im Land tätig. Neben zahlreichen kleinen Betrieben sind mittlerweile auch alle großen Player zwischen Hanoi und Ho-Chi-Minh-Stadt vertreten. Gemäß dem vietnamesischen Forschungsinstitut Stoxplus hat sich die Nettomarge in der Logistikbranche zwischen 2014 und 2017 nahezu verdoppelt. Ausschlaggebend dafür waren die hohe Nachfrage und geringere Kosten dank besserer Infrastruktur.

Ungeachtet der Entwicklung des Handelskonflikts steht die Branche in Südostasien vor goldenen Zeiten. Dafür verantwortlich ist das rasante Wachstum des Onlinehandels in der Region. Eine Studie von Google und Temasek, einem staatlichen Fonds aus Singapur, kommt zum Schluss, dass der E-Commerce-Markt in Südostasien bis 2025 ein Volumen von 102 Mrd USD umfasst. In den ASEAN-Staaten leben derzeit bereits 350 Mio Internetnutzer und seit 2015 kommen monatlich rund 3 Mio hinzu. Kaufen diese online ein und gewöhnen sich an kurze Lieferzeiten, ist das Potenzial für die Logistikindustrie riesig. Dazu kommt, dass die drei größten E-Commerce-Anbieter allesamt in Südostasien beheimatet sind. Das ermöglicht eine schnelle Vernetzung mit lokalen Logistikern.

DEUTSCHLAND

Die Branche „wird den Brexit meistern“

BERLIN (NfA)--Der Deutsche Speditions- und Logistikverband (DSLVL) zeigt sich nach dem negativen Votum des britischen Parlaments zu dem mit der EU verhandelten Austrittsabkommen enttäuscht. Damit habe das Vereinigte Königreich die Chance vertan, sowohl den heimischen Unternehmen als auch ihren Wirtschaftspartnern in der EU einen verlässlichen Rechtsrahmen für den Übergang zu einem umfassenden Handelsabkommen zu geben, heißt es. Vielmehr werde ein ‚No-Deal-Szenario‘ immer wahrscheinlicher.

„Doch selbst für diesen Fall werden die Spediteure die Lieferketten für ihre Kunden aus Industrie und Handel im Verkehr von und mit Großbritannien zukünftig aufrechterhalten und weiterhin zuverlässig organisieren können“, zeigt sich DSLVL-Präsident Axel Plaß zuversichtlich. „Eine hohe Zollexpertise ist in den Speditionshäusern grundsätzlich vorhanden, denn Drittlandverkehre gehören zum Tagesgeschäft des Branchenunternehmers.“

Die Unsicherheit, wie der Brexit nun technisch ablaufen wird, erschwert dem Ver-

band zufolge allerdings die Planung. Eine angemessene Vorbereitungszeit zur Umstellung der innerbetrieblichen Prozesse und für die Rekrutierung von zusätzlichem Personal wäre deshalb entscheidend für einen reibungslosen Vollzug des Brexit. „Nun kommt es darauf an, dass die Briten mit den Behörden und der Wirtschaft in den übrigen EU-Mitgliedstaaten zügig, unbürokratisch kommunizieren und Verfahren zum störungsfreien Ablauf internationaler Verkehre gegenseitig akzeptiert werden“, so Plaß.

DEUTSCHLAND

„Datentreuhänder“ für selbstfahrende Autos

BERLIN (AFP)--Beim autonomen Fahren fallen gewaltige Mengen an Daten an - zum Schutz dieser sensiblen Informationen schlägt der Versicherungskonzern Allianz nun einen neutralen „Datentreuhänder“ vor. Damit das automatisierte Fahren von der Gesellschaft breit akzeptiert werde, „muss immer aufklärbar sein, wer letztendlich die Verantwortung trägt“, sagte Vorstandschef Joachim Müller der „Welt“.

Durch die Bündelung der Daten bei einem neutralen Treuhänder sollen sich demnach die Interessen von Herstellern und Kunden wahren lassen. Zugleich soll die Versicherungswirtschaft die Möglichkeit zu einer möglichst reibungslosen Schadensregulierung bekommen. „Nach meiner Auffassung müssen die Daten in der Hand eines neutralen, unabhängigen Dritten sein, um allen Berechtigten unter den gleichen gesetzlichen Bedingungen Zugang zu ermöglichen“, so Müller. „Denn im Falle eines Fahrzeugverkaufs oder nach einer Zerstörung des Fahrzeuges durch einen Unfall ist nur über den Datentreuhänder eine Aufklärung im Interesse aller Beteiligten weiterhin möglich.“ Die Übermittlung der Daten an einen berechtigten Dritten dürfe aber nur erlaubt sein, soweit dies die gesetzliche Ermächtigung im Straßenverkehrsgesetz zulasse, sagte Müller weiter. Diese Position werde die Allianz auch auf dem Deutschen Verkehrsgerichtstag in Goslar vertreten.

Noch seien in Fällen von Kollisionen mit Schäden an Fahrzeugen und Menschen die entscheidenden Fragen offen: „Müssen die Daten für alle Beteiligten zeitaufwendig im Autohaus ausgelesen werden? Wie wird sichergestellt, dass belastende Daten nicht vernichtet werden? Was passiert mit ihnen, wenn ein Fahrzeug verschrottet wird, und wer löscht die Daten im Falle der Veräußerung des Fahr-

zeugs?“, fragte Müller. Zur Klärung all dieser Fragen könne ein Datentreuhänder beitragen.

Autonom fahrende Fahrzeuge gelten neben dem Elektroantrieb als das große Zukunftsthema der Autobranche. Zahlreiche Hersteller weiten ihr Engagement hierbei kontinuierlich aus. Zugleich gibt es dabei Debatten über die Sicherheit der selbstfahrenden Autos und noch ungelöste rechtliche und ethische Fragen.



Der Zugang zu den Daten soll reguliert werden und dennoch offen bleiben.

EUROPA

Grünes Licht für Teslas Model 3

ZOETERMEER (Dow Jones)--Der US-amerikanische Elektroautobauer Tesla darf sein für den Massenmarkt konzipiertes Model 3 nun auch in Europa verkaufen. Dazu gab die in der Europäischen Union dafür zuständige niederländische Behörde RDW grünes Licht.

Damit könne die Kalifornier voraussichtlich im kommenden Monat mit den Auslieferungen beginnen, wieder Elektroautohersteller bereits Anfang Dezember in Aussicht gestellt hatte. Mit dem Model 3 will Tesla nun den Durchbruch im Mid-price-Segment schaffen. Billig sind die Autos aber trotzdem nicht: In Europa wird das Fahrzeug zunächst in zwei Versionen ab insgesamt 60.000 Euro erhältlich sein.

LUXEMBURG

Ein Ausweis genügt: ÖPNV wird kostenfrei

LUXEMBURG (AFP)--In Luxemburg soll der öffentliche Nahverkehr ab März 2020 kostenlos sein. Die Pläne dafür stellte Infrastrukturminister François Bausch vor - sie sollen mehr Menschen in Bus, Bahn und Züge bringen. Demnach kostet die Maßnahme jährlich 41 Mio Euro und soll aus Steuereinnahmen finanziert werden. Wer ab 1. März 2020 diese Verkehrsmittel nutzen wolle, benötige kein Ticket

mehr, sondern nur noch seinen Ausweis, sagte Bausch.

Die erste Klasse der Züge soll weiterhin kostenpflichtig sein. Außerdem gibt es nach Angaben der Regierung mehrere von den Kommunen betriebene Buslinien, bei denen die Entscheidung zur Gratisnutzung bei den jeweiligen Bürgermeistern liegt. Bei den vielen Pendlern, die auch aus dem Ausland nach Luxemburg kommen, wird

zumindest die Fahrt ab der Grenze frei sein. Bausch bezeichnete den kostenlosen öffentlichen Nahverkehr als „wichtige soziale Maßnahme“ - auch wenn dies kein „Allheilmittel“ sei, um die Menschen zum Umstieg auf den Nahverkehr zu bewegen. Zugleich will das Erzherzogtum bis 2023 rund 2,2 Mrd Euro in die Schiene investieren. Sämtliche Busse sollen bis 2030 elektrisch fahren.

HONGKONG

Fraunhofer gründet „Invention-Center“

SVR punktet mit Informationsfreiheit und Schutz geistigen Eigentums / Von Roland Rohde

HONGKONG (NfA/GTAI)--Die Sonderverwaltungsregion (SVR) Hongkong ist eine der wohlhabendsten Volkswirtschaften Asiens. Dienstleistungen generieren rund 90% des Bruttoinlandsprodukts. Das verarbeitende Gewerbe hat sich - im Gegensatz zum Konkurrenten Singapur - nahezu komplett aus der Metropole verabschiedet. Doch das bringt auch einige Nachteile mit sich. Es fehlt an produzierenden Unternehmen, die Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten generieren. Dadurch droht die Gefahr, dass Hongkong in Sachen Innovation und Hightech ins Hintertreffen gerät. Die offiziellen Daten sprechen hier eine teils deutliche Sprache. Laut dem lokalen Statistikamt beliefen sich die gesamten F&E-Ausgaben 2017 auf lediglich 0,8% des BIP.

Industrieländer kommen in der Regel auf Quoten um die 3%. Ein Vergleich mit chinesischen Städten zeigt, dass auch hier ein erhebliches Gefälle existiert. Beijing, wo es besonders viele staatliche Forschungsinstitute gibt, brillierte 2017 laut nationalem Statistikamt mit F&E-Anteilen am BIP von fast 6%. Allerdings betrachtet dieser Indikator lediglich die Inputseite. Er sagt relativ wenig darüber aus, was am Ende des Tages aus den Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen herauskommt. Rankings, die darauf abzielen, zeigen ein anderes Bild. Im Global Innovation Index etwa landete Hongkong im vergangenen Jahr - vor China - auf Platz 14 und hat sich damit gegenüber dem Vorjahr um zwei Ränge verbessert.

Die Stadtregierung will die Bedingungen weiter verbessern. Bereits Anfang 2018 ließ sie verlautbaren, dass sie die F&E-Ausgaben innerhalb von vier Jahren auf 1,5% des BIP steigern wolle. Unter anderem beabsichtigt sie, die Universitäten und Forschungseinrichtungen stärker zu alimentieren. Auch ist eine Erhöhung der Stipendienzahlen geplant. Um die Firmen zu mehr F&E-Aktivitäten zu animieren, gibt es kräftige Steuerermäßigungen. Entsprechende Aufwendungen können in Höhe von rund 25 Mio Dollar zu 300% auf die Unternehmenssteuern angerechnet werden. Danach gilt eine Rate von 200%.

Doch von dieser Regelung können Start-ups in der Regel erst einmal nicht profitieren, da sie (noch) keine Gewinne erwirtschaften. Die Regierung will daher Gründern mit verbilligten Preisen für Büros und andere gewerbliche Flächen unter die Arme greifen - gehören doch die Immobilienpreise Hongkongs zu den höchsten der Welt und machen den Einstieg in die Selbstständigkeit äußerst schwer. Auch das lokale Statistikamt kümmert sich intensiv um den F&E-Sektor und veröffentlicht jährlich eine umfangreiche Broschüre. Den Zah-



Fraunhofer kooperiert mit der RWTH und dem HK Productivity Council.

len zufolge befand sich der Bereich schon vor der Regierungsinitiative in einem Aufwärtstrend, der sich allerdings durch die niedrigen Basiswerte kaum bemerkbar machte. So stiegen die absoluten F&E-Ausgaben zwischen 2014 und 2017 um nominal 27%.

Die Bemühungen wurden im Oktober durch eine namhafte Neuansiedelung gekrönt: Die Fraunhofer-Gesellschaft eröffnete in Kooperation mit der RWTH Aachen und dem Hong Kong Productivity Council ein Invention-Center. Bei der Standortentscheidung haben nach Angaben des Instituts Faktoren wie die hohe Rechtssicherheit und staatliche Fördermaßnahmen eine wichtige Rolle gespielt. Zunächst handele es um ein kleines Büro, das fünf Mitarbeiter beschäftige, heißt es. Jedoch betrachte man das Engagement als einen ersten Schritt, dem weitere folgen werden. Dabei liege der Schwerpunkt auf der angewandten Forschung. Ziel sei es, Prototypen in Kleinserie zu entwickeln. Für 2020 beabsichtige man den Aufbau eines Zentrums für Künstliche Intelligenz und Robotik, so Fraunhofer.

Siemens und Lanxess vor Ort

Innovative Unternehmen finden in Hongkong vor allem im Science Park, der ständig erweitert wird, ein Zuhause. Er liegt

unweit der chinesischen Grenze. Das erleichtert die enge Kooperation mit Forschungseinrichtungen im benachbarten Shenzhen. Insgesamt beherbergt die Anlage derzeit fast 700 Firmen. Auch deutsche Konzerne wie Lanxess und Siemens sind vertreten, und die österreichische Lenzing-Gruppe eröffnete 2017 ein Innovations- und Applikationszentrum.

In der Metropole genießen die Einrichtungen in Sachen F&E entscheidende Standortvorteile gegenüber China. Es existiert eine weitgehende Presse-, Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit, auch wenn es in jüngster Vergangenheit Rückschritte gab. Zudem besteht ein hoher Schutz geistigen Eigentums. Dies könnte auch die gute Positionierung der SVR im Global Innovation Index zumindest zum Teil erklären.

EUROPA

Konsultation zu ethischen Leitlinien der KI verlängert

BRÜSSEL (NfA)--Die Europäische Expertengruppe für Künstliche Intelligenz (KI) hat die Frist für die Beteiligung an der Konsultation zu ihrem Entwurf ihrer Ethikleitlinien für Künstliche Intelligenz bis zum 1. Februar verlängert. 52 Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft hatten in ihrem im Dezember veröffentlichten ersten Entwurf dargelegt, wie Entwickler und Nutzer sicherstellen können, dass die KI die Grundrechte, das geltende Recht und Grundprinzipien der Europäischen Union respektiert.

Die öffentlichen Diskussionen finden auf der Internetplattform European AI statt (<https://bit.ly/2JOMTNK> - Registrierung erforderlich). Im März wird die Expertengruppe der aktuellen Planung nach der EU-Kommission ihren abschließenden Entwurf für die Ethik-Leitlinien vorlegen. Die Behörde wird diese dann eigenen Angaben zufolge analysieren und ihrerseits Vorschläge für das weitere Vorgehen machen. Das Ziel sei es, den EU-Ansatz für die Grundlagen der Künstlichen Intelligenz auch global voranzutreiben. Die Kommission öffne ausdrücklich die Zusammenarbeit für alle Nicht-EU-Länder, „die bereit sind, die gleichen Werte zu teilen“, heißt es aus Brüssel.

EXPLORATION

Die Erforschung „weißer Flecken“

BGR entdeckt in der Tiefsee große Vorkommen an Metallerzen

BERLIN (NfA)--Die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) ist von ihrer bisher erfolgreichsten Erkundungskampagne zur Exploration von polymetallischen Sulfidkerzen aus dem deutschen Lizenzgebiet im Indischen Ozean zurückgekehrt. Bei der 66-tägigen Ausfahrt im Rahmen des INDEX-Programms entdeckten die Experten an Bord des niederländischen Forschungsschiffes M/V Pelagia in der Tiefsee am Südost- und Zentralindischen Rücken eigenen Angaben zufolge drei neue Areale mit großen Metallerzvorkommen.

„Wir haben in Tiefen von 2.200 bis 2.500 m insgesamt 20 ausgedehnte Sulfidkerzhügel identifiziert. In den bis zu 60 m hohen Ablagerungen steckt ein Potenzial von über 10 Mio t goldreicher Kupfer-, Zink- und Bleierze sowie weitere wirtschaftsstrategische Metalle wie Indium, Gallium, Selen oder Tellur. Die Funde gehören zu den größten dieser Art am Meeresboden“, so Expeditionsleiter Ulrich Schwarz-Schampera.

Der Erfolg sei das Ergebnis eines neuen methodischen Ansatzes bei der Exploration von Sulfidkerzen im Bereich der ozeanischen Spreizungszonen, heißt es aus Berlin. Bisher suchten die Wissenschaftler die Vorkommen vorrangig im Nahbereich der Bruchzonen am Meeresboden - „Geburtsort“ neuer ozeanischer Kruste. Bei ihrer jüngsten Fahrt steuerten die BGR-Experten gezielt Areale im Abstand von mehr als 10 km Entfernung zu den Bruchzonen an - und wurden fündig. Abseits des bisherigen wissenschaftlichen Blickfelds gelang ihnen der

Mitteilung zufolge mithilfe eines gecharterten kanadischen Tauchroboters die Entdeckung großflächiger Ansammlungen von Sulfidfeldern. „Unsere Funde liegen weiter von der Bruchzone entfernt als alle bisher bekannten Sulfidvorkommen entlang der Mittelozeanischen Rücken und Spreizungsbecken.“ Die Zahl der weißen Flecken im deutschen Lizenzgebiet habe sich deutlich reduziert, so Schwarz-Schampera.



In der Tiefsee treten bis zu 400 Grad heiße metallreiche Lösungen aus.

Ausgangspunkt der insgesamt fünften Schiffsexpedition innerhalb des vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie beauftragten INDEX-Programms war Mauritius. Unterstützt wurden die Forscher bei ihrer Arbeit laut BGR von mehreren wissenschaftlichen Institutionen. Dazu gehörten das Deutsche Zentrum für marine Biodiversitätsforschung Wilhelmshaven, das GEOMAR - Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung Kiel sowie die Universität Hamburg, die HafenCity Universität und die kanadische Laurentian University.

Die neuen Erzfelder wurden mithilfe hochspezialisierter Geräte identifiziert. Die Vorkommen von Bunt- und Edelmetallen entstehen an Zonen der ozeanischen Kruste, an denen bis zu 400 Grad heiße metallreiche Lösungen austreten. Die physikalischen und chemischen Signale der Fluide wurden bei den Untersuchungsarbeiten von hochsensiblen Sensoren in der Wassersäule erfasst. Schiffsgeschleppte Messeinrichtungen erstellten daraufhin ein zentimetergenaues Abbild des Meeresbodens und lokalisierten die Austrittsgebiete. Anhand dieser Lösungsaustritte an den sogenannten Schwarzen Rauchern konnten die Wissenschaftler die für die eigentliche Exploration bedeutsamen inaktiven Erzvorkommen lokalisieren.

GOLDFÖRDERUNG

Auf die Größe kommt es nicht an

NEW YORK (Dow Jones)-- Newmont Mining will den kanadischen Konkurrenten Goldcorp für 10 Mrd US-Dollar übernehmen und zum weltgrößten Goldschürfer aufsteigen. Dieser Schritt erfolgt nur wenige Monate nach der Fusion von Barrick Gold mit Randgold - und diese Kombination wird nun die Nummer zwei werden. Konzerne mit mehr Marktmacht sind in einer fragmentierten Branche durchaus sinnvoll, denn die Margen stehen seit Jahren unter Druck. Und die wieder anziehende US-Inflation, die tendenziell den Goldpreisen hilft, könnte auch dazu beitragen, die Aktienkurse steigen zu lassen.

Auf längere Sicht sehen Goldunternehmen aber immer noch nicht gut aus, denn

die Nachfrage stagniert. Und die steigende Konkurrenz durch neue Inflationsabsicherungen wie Kryptowährungen - ungeachtet des aktuellen Ausverkaufs - könnte sich als struktureller Gegenwind erweisen. Im Moment schneiden Unternehmen wie Newmont und Barrick gut ab. Die Kerninflation in den USA dürfte in diesem Jahr steigen. Das eigentliche Problem ist die Langfristperspektive: Der Goldpreis ist gegenüber seiner Bestmarke von 2011 um etwa ein Drittel gefallen und liegt derzeit bei knapp 1.300 Dollar je Feinunze. Auf der anderen Seite sind die Kosten für die Förderer gestiegen, weil das Edelmetall in den Gesteinsmassen immer schwerer zu finden und fördern ist. Die operative Marge der

kanadischen Barrick, die laut Factset Mitte 2012 bei fast 50% lag, betrug Ende 2018 kaum die Hälfte. Auch andere Konzerne, darunter Newmont und Goldcorp, hatten mit starken Rückgängen zu kämpfen. Und die Nachfrage aus China und Indien, den größten Abnehmern, zeigt seit 2013 im Wesentlichen eine Seitwärtsbewegung.

Newmont und Goldcorp produzierten im Geschäftsjahr 2017 zusammen weniger als 10 Mio Feinunzen Gold, was wiederum weniger als ein Zehntel der globalen Förderung des Jahres entspricht, geht aus Daten des World Gold Council hervor. Im Vergleich dazu: Beim Eisenerz haben nur drei Unternehmen rund 60% des Marktes in ihren Händen.

ASERBAIDSCHAN

Erschließung neuer Öl- und Gasfelder

Chancen für Explorationsfirmen und Hersteller von Förderausrüstung / Von Uwe Strohbach

BAKU (NfA/GTAI)--Die Öl- und Gaswirtschaft bleibt der mit Abstand bedeutendste Investitionssektor in Aserbaidschan. Gesunkene Preise auf dem Weltmarkt führten nach 2015 zu Einbrüchen bei den Bruttoanlageinvestitionen in der Branche. Für die Förderung und Erstaufbereitung von Öl und Gas sowie die Umsetzung neuer Production-Sharing-Vereinbarungen (PSA) zur Erschließung von Vorkommen sind weiterhin Projekte geplant. Sie versprechen eine Fülle von Absatzchancen für ausländische Anbieter von Ausrüstungen und branchennahen Dienstleistungen.

In der Öl- und Gasbranche werden bis 2025 rund 20 Mrd US-Dollar investiert, schätzt die Forschungs- und Beratungsgruppe Wood MacKenzie. Unter den Projekten ragt die weitere industrielle Erschließung der großen Offshore-Tiefseeölfelder Azeri-Chirag-Guneshli (ACG) durch das Konsortium AIOC hervor. Der geplante Bau von zwei Ölplattformen für das Azeri-Central-East-Projekt gilt als eines der investitionsträchtigsten Einzelprojekte.

Im Herbst 2017 haben Aserbaidschan und das Konsortium die 1994 abgeschlossene Vereinbarung zur Entwicklung der Ölfelder bis 2050 verlängert. Die Vertragspartner rechnen für die nächsten 32 Jahre mit einer Ölförderung von etwa 500 Mio t und Investitionen in Höhe von mehr als 40 Mrd Dollar. Bis Ende 2017 wurden 43 Mrd US-Dollar und in den ersten drei Quartalen des vergangenen Jahres weitere 1,2 Mrd in die Erschließung der ACG-Lagerstätten investiert.

Die Exploration des Gasvorkommens Shah Deniz-2 einschließlich des Baus und Ausbaus von Pipelines nach Europa ist

das zweite Großprojekt im Sektor. Ende Dezember 2013 vereinbarten die nationale Ölgesellschaft SOCAR und BP, Betreiber des Gasfelds Shah Deniz, die zweite Erschließungsphase. Ab 2020 sollen jährlich 6 Mrd cbm Gas in die Türkei und 10 Mrd an andere europäische Abnehmer geliefert werden.

Die Gesamtinvestitionen in den südlichen Gaskorridor werden auf gut 40 Mrd Dollar beziffert. Die Gesellschaft Southern Gas Corridor CJSC hat von ihren geplanten Investitionen in Höhe von 11,5 Mrd US-Dollar bis Ende 2018 Projekte für 9,8 Mrd realisiert. 2019 sollen weitere 1,4 Mrd hinzukommen.

Neue oder erneuerte Production-Sharing-Vereinbarungen für die Erkundung und industrielle Nutzung von Öl- und Gasvorkommen tragen zur Wiederbelebung des Investitionsgeschehens bei. Das Interesse ausländischer Unternehmen an der Erschließung neuer Vorkommen ist nicht zuletzt im Zusammenhang mit der Errichtung des südlichen Gaskorridors, der neuen Exportroute nach Europa, zu sehen.

Genannt seien Verträge über die Erkundung und Erschließung der Öl- und Gasfelder Abscheron (ausländischer Partner: Total, Frankreich), Muradkhanly-Jafarly-Zardab (Zenith Energy, Kanada), Gowsany-Zykh (Global Energy, Russland), Block D230/Nord-Abscheron (BP, Großbritannien) sowie Dan-Ulduzu-Ashrafi-Aipara und Karabach (Equinor, Norwegen). Zudem will sich Rosneft in Kooperation mit SOCAR bei der weiteren geologischen Erkundung des Öl- und Gasblocks Goschadasch engagieren.

Die industrielle Gasförderung in der Lagerstätte Abscheron beginnt voraussichtlich im dritten Quartal 2020. Zunächst sollen jährlich 1,5 Mrd cbm Gas und 700.000 t Gaskondensat gefördert werden. Ab 2022 ist eine Steigerung der jährlichen Förderung auf 4 Mrd cbm Gas avisiert. Die Reserven des Gasvorkommens gibt Total mit bis zu 350 Mrd cbm und 108 Mio t an.

Noch viele unangetastete Vorkommen

Der Produktionsstart in der Lagerstätte Karabach ist für 2021 angekündigt. Die förderfähigen Vorräte des Vorkommens werden auf mindestens 16 Mio t Öl und 28 Mrd cbm Gas geschätzt. Mitte 2019 will Equinor mit seismischen Untersuchungen im Block Dan-Ulduzu-Ashrafi-Aipara beginnen. BP plant den Start solcher Aktivitäten im Block D230 in der ersten Jahreshälfte 2019. BP kündigte zudem für 2019 erste Bohrungen im Vertragsgebiet Shafag-Asiman an. Die Vorräte dieser Lagerstätte betragen 500 Mrd cbm Gas und 65 Mio t Kondensat. Zenith Energy intensiviert seit kurzem seine Ölbohrungen im Block Muradkhanly-Jafarly-Zardab.

Große Hoffnungen setzt das Land auf die Umsetzung des Projekts Umid-Babek. Die beiden Lagerstätten verfügen über Vorräte von 600 Mrd cbm Gas und 120 Mio t Gaskondensat. Im vergangenen Frühjahr haben SOCAR und das britische Unternehmen Nobel Upstream einen Risiko-Service-Vertrag und andere Vereinbarungen für die Bewertung, Exploration und Entwicklung der Onshore-Lagerstätten unterzeichnet. Die von den beiden Vertragsparteien für das Projekt gegründete Förder- und Produktionsgesellschaft ist an der Gewinnung weiterer ausländischer Partner interessiert.



Die Exportroute nach Europa hat vielfältige Folgeinvestitionen ausgelöst.

LUFTFAHRTTECHNIK

Duopol in Gefahr

Unterschätzen Boeing und Airbus die chinesische Konkurrenz? / Von Jon Sindreu

NEW YORK (Dow Jones)--Auf den ersten Blick sieht es so aus, als hätten Boeing und Airbus ihr Duopol wetterfest zementiert. Doch in China wächst mit Comac eine echte Bedrohung für die beiden Platzhirsche heran.

Derweil verhandeln die US-Amerikaner über den Kauf einer Beteiligung in Höhe von 80% an der Verkehrsflugzeugsparte der brasilianischen Embraer für 4,2 Mrd Dollar. Im Vormonat wurden die Bedingungen abgesegnet, und jetzt ist nur noch das Plazet der brasilianischen Regierung nötig. Der neue Präsident Jair Bolsonaro machte zuletzt recht widersprüchliche Aussagen, indem er auf der einen Seite die Fusion begrüßte, aber auf der anderen Seite über einen Kontrollverlust klagte.

Boeing reagiert mit der Embraer-Transaktion auf den Kauf durch Airbus der über 108 bis 133 Sitze verfügenden C-Serie - nun in A220 umbenannt - der kanadischen Bombardier. Klappt dieser Deal, würde der letzte kleine Anbieter vom Markt verschwinden. Noch vor fünf Jahren mutete die Allmacht von Boeing und Airbus ziemlich wacklig an. So dominierten Bombardier und Embraer den Markt für Regionaljets, die weniger als 100 Sitze haben. Zudem griff Bombardier mit dem Start der C-Serie die Boeing 737 und den Airbus A319 an. Das lief damals auf die erste wirkliche Herausforderung für das Duopol hinaus, seit Boeing 1997 mit McDonnell Douglas fusioniert hatte.

Damals überschätzten Investoren die Chancen der Underdogs, in einem Markt Erfolg zu haben, bei dem es vor allem um Größenvorteile geht. Jetzt könnten sie wiederum die Bedrohung durch den chinesischen Flugzeugbau unterschätzen, der

zwar technologisch hinterherhinkt, sich aber der nötigen Größenvorteile erfreut. Dank aggressiver Rabatte sorgten Boeing und Airbus für Riesenverluste bei Bombardier. Noch 2008 wollten die Kanadier bis 2027 bei Fliegern mit 100 bis 150 Sitzen rund 6.300 Aufträge ergattern. Doch bisher kam die C-Serie über 402 Orders nicht hinaus. Embraer verfolgte mit der E-Jet-E2-Serie etwas weniger hochtrabende Ambitionen, aber es kamen auch dort die Margen immens unter Druck.

Platzhirsche sind noch erfolgreich

Anleger sollten Boeing und Airbus dafür honorieren, sich zu annehmbaren Kosten so effektiv den Wettbewerb vom Hals zu schaffen. Indem sie ihre Macht - etwa dank ihrer Dienstleistungsfähigkeiten - voll ausspielen, können sie ihre Dominanz auch fortsetzen. Direkt nachdem Airbus die C-Serie aufgekauft hatte, griff eine große Fluglinie wie Jetblue praktisch direkt aus dem Stand mit 60 Bestellungen zu.



Comac verfügt über den Vorteil eines riesigen Binnenmarktes.

Zugleich vermehren Embraers Ingenieure aus Brasilien Boeings Chancen, ein neues und profitables Mittelstreckenflugzeug zu konstruieren.

Trotz den wachsenden Probleme hätten Bombardier und Embraer zu ernsthaften Konkurrenten aufsteigen können, zumindest sofern sie mehr Zeit und Staatshilfen für ihre Expansion gehabt hätten. Das sollte dem Duopol als Warnung dienen. Die C919, mit der die chinesische Comac gegen die konkurrierenden A320 und 737 antreten will, nahm im Vorjahr ihre Flüge auf. Die Bedrohung mutet trügerisch klein an, da das Duopol über die deutlich besseren Produkte verfügt. Und doch sah Boeing vor 1987 auch Airbus als wenig mehr als einen stark subventionierten minderwertigen Wettbewerber an. Dann kam der A320 auf den Markt - und Staatshilfen machten Airbus zu einem gleichrangigen Konkurrenten.

Chinas Taschen sind ebenfalls tief. Eine konservative Schätzung über die für die C919 ausgegebenen öffentlichen Gelder rangiert bei mehr als 7 Mrd Dollar, so die US-Denkfabrik Rand. Das sind mehr als die Entwicklung der C-Serie verschlang und inflationsbereinigt in etwa das Gleiche wie für die A320 nötig war. Anders als Bombardier hat Comac aber einen riesigen Binnenmarkt hinter sich. So heimste die C919 schon jetzt rund 1.000 Bestellungen von chinesischen Airlines ein und könnte in Asien, Russland und Afrika kräftig expandieren. Boeing und Airbus haben die richtigen Maßnahmen ergriffen. Doch der Wettbewerb aus der Volksrepublik könnte ihnen früher blühen, als sie derzeit erwarten.

LATEINAMERIKA

Geschäftsanbahnung in Bolivien und Peru

BERLIN (NfA)--Vom 6 bis 10. Mai findet eine 5-tägige Geschäftsanbahnungsreise nach Lima (Peru) sowie La Paz und Cochabamba (Bolivien) statt. Die Reise richtet sich an deutsche Unternehmen und Zulieferer, vorrangig KMU, im Bereich Bahntechnik und Infrastruktur. Sowohl in Lima als auch in La Paz werden Präsentationsveranstaltungen der Teilnehmer

vor zielländischem Fachpublikum, individuelle Geschäftstreffen und „Technical Visits“ wie Besichtigungen entsprechender Objekte oder Referenzprojekten in Cochabamba geboten.

Die Teilnehmerzahl ist auf zwölf Unternehmen beschränkt. KMU haben Vorrang vor Großunternehmen. Die individuellen Beratungsleistungen werden in Anwen-

dung der De-Minimis-Verordnung der EU bescheinigt. Die Kosten belaufen sich auf 500 (weniger als 2 Mio Jahresumsatz und weniger als 10 Mitarbeiter), 750 (weniger als 50 Mio Jahresumsatz und weniger als 500 Mitarbeiter) oder 1.000 Euro/netto (ab 50 Mio Jahresumsatz oder mehr als 500 Mitarbeiter). Die Anmeldung erfolgt unter <https://bit.ly/2Mp3pq6>.

CHINA

Milchimporte gehen zurück

Deutsche Exporte ebenfalls im Abwärtstrend / Von Stefanie Schmitt

BEIJING (NfA/GTAI)--In den vergangenen Jahren schienen die chinesischen Importe an Flüssigmilch nur eine Richtung zu kennen, nämlich nach oben. Auch in den ersten neun Monaten 2018 sah es noch so aus, als würde sich der Trend zwar verlangsamen, aber positiv bleiben. Doch nach den jüngsten, noch nicht vollständig veröffentlichten Zahlen des Instituts für die Milchindustrie bezog China in den ersten elf Monaten 2018 lediglich noch 630.000 t „flüssige“ Produkte (einschließlich Joghurt) aus dem Ausland: 0,5% weniger als in der entsprechenden Periode des Vorjahres - und damit das erste Minus in diesem Segment seit 15 Jahren.

Drei entscheidende Faktoren sind für den Rückgang verantwortlich: Erstens sind die Preise von Importmilch spürbar gestiegen: von 2015 durchschnittlich 1.009 auf 2018 rund 1.366 US-Dollar pro Tonne. Zweitens konnte die Milchindustrie aufholen, und drittens haben die Verbraucher ihre Vorliebe für ultrahocherhitzte Milch hin zu Frischprodukten verändert. Diese werden bei niedrigerer Temperatur haltbar gemacht.

Insbesondere der zuletzt genannte Trend dürfte sich künftig verstärken. Denn je geringer die Haltbarkeit, desto größer der Vorteil lokal ansässiger Produzenten. Betroffen sind auch deutsche Lieferungen. Sie hielten in den ersten elf Monaten 2018 nach Neuseeland (32,7%) mit 27,5% den zweitgrößten Marktanteil - aber gingen um circa 3% auf knapp 170.000 t zurück.

Dagegen liefen die Geschäfte der lokalen Molkereien umso besser. Ihr Umsatz stieg laut dem Institut für die Milchindustrie um 10,5% auf 253,2 Mrd Yuan (rund 38,3 Mrd Dollar). Die Gewinne erhöhten sich um 8,2% auf 18,3 Mrd Yuan.

Nach Li Shengli, Professor an der China Agricultural University, können die führenden heimischen Firmen Yili und Mengniu ihre Verkäufe in den nächsten fünf Jahren um jeweils 30 Mrd auf rund 50 Mrd Yuan erhöhen - und so zu den fünf größten globalen Playern avancieren.

Konsum pro Kopf noch steigerungsfähig

Insgesamt lag der Pro-Kopf-Verbrauch von Milcherzeugnissen im vergangenen Jahr bei rund 36 kg. Während die Menschen in den weniger entwickelten Städten den Konsum erst noch für sich entdecken, durchläuft er in den Städten der ersten Reihe bereits einen strukturellen Wandel hin zu hochwertiger Trinkmilch, Joghurt und auch Käse, so die Einschätzung Zhang Liebings, Professor an der China Agricultural University.

Nach dem im Dezember veröffentlichten New-Horizont-2023-Bericht des Sino-Dutch Dairy Development Centers wird sich der Verbrauch von Milcherzeugnissen

bis 2023 auf 40 kg pro Kopf und Jahr erhöhen. Dabei sollen die Verkäufe von Joghurt und „organisch hergestellter“ Milch jeweils über 10% steigen.

Bei Käse erwartet das Sino-Dutch Dairy Development Center sogar einen jährlichen Zuwachs um 20% auf dann 230 g pro Jahr. Hintergrund ist, dass sich in der öffentlichen Meinung die Ansicht durchgesetzt hat, Käse sei gesünder als Milch, da er aufs Gewicht berechnet mehr Calcium enthalte. Allerdings führt dies nicht zwangsläufig, wie die Einfuhrzahlen belegen, zu einer erhöhten Einfuhr von Brie oder anderen zum direkten Verzehr gedachten Käsesorten. Gefragt sind eher Käse für gewerbliche Anwendungen, wie sie etwa in Milchtees und -kaffees sowie auf Pizzas oder in Hamburgern benötigt werden.

Verbraucher mögen Kaffee mit Käsehaube

Tatsächlich bevorzugen chinesische Konsumenten im weltweit größten Wachstumsmarkt für Kaffee süße oder milchige Varianten. Dabei sind sie auch offen gegenüber aus westlicher Sicht eher „schrägen“ Mischungen. Ganz groß im Trend sind neuerdings beispielsweise solche mit Käse oder Käsegeschmack. Entsprechend hat aktuell jede große Kaffee-Kette einen Caffè Latte mit „calciumhaltiger“ Käsecreme im Angebot, Marktführer Starbucks zum Beispiel den „Snowy Cheese Flavoured Latte“ zu 37 Yuan für einen 354-ml-Becher.

Mit Käse aufgeschäumter Tee ist indessen schon länger das Markenzeichen der chinesischen Teekette Heytea. Sie ist nach den Taiwanern Yi Dian Dian die Nummer zwei im Markt. Sogenannte Milch- oder Bubble-Tees sind vor allem bei den Jüngeren populär.

Babymilchpulver dürfte künftig vor allem in den weniger entwickelten Städten gut gefragt sein. Vor allem Städte jenseits der zweiten Reihe haben einen hohen Nachholbedarf. Hinzu kommt der wachsende Wunsch nach besonders „nährenden“ und „gesunden“ Nahrungsmitteln für alte Menschen sowie für Sportler. Ferner finden zunehmend Spezialitäten wie Kamelmilchpulver ihre Kunden. Im Internet ist dies etwa zu 538 Yuan für 300 g zu haben. Es stammt in der Regel aus Spezialmolkereien in der Inneren Mongolei oder Xinjiang.



Die heimischen Hersteller profitieren von höheren Einfuhrpreisen und der steigenden Nachfrage nach Frischprodukten.

TAIWAN

Investitionen in die smarte Produktion

Weitere Freihandelsabkommen angestrebt / Von Jürgen Maurer

TAIPEI (NfA/GTAI)--Taiwan ist mit einer Fläche von 36.000 qkm und mit 23,6 Mio Einwohnern vergleichsweise klein. Wirtschaftlich allerdings hat die Insel in den letzten Jahrzehnten eine erstaunliche Produktions- und Exportstärke entwickelt. In der asiatischen Region gehört das Land laut Global Competitiveness Report 2018 nach Hongkong, Japan und Singapur zu den wettbewerbsfähigsten Volkswirtschaften.

Taiwan verfügt über eine breite industrielle Basis, die unter anderem Stahl, Chemie, Metallverarbeitung wie auch Textilien, Kfz-Teile und einige andere Branchen umfasst. Die größte Stärke besteht jedoch in der Produktion von elektronischen Bauteilen und Enderzeugnissen. Hier sind die Unternehmen überwiegend als OEM/ODM-Partner in den globalen Wertschöpfungsketten verankert. Aufgrund der Nähe zu Festland-China nutzen viele heimische Industrien dieses als Produktionsstandort und auch als Absatzmarkt. Zwar ist die Volksrepublik ein wichtiger Wachstumsmotor für die taiwanische Wirtschaft, aber die hohe Abhängigkeit - 40% der Exporte gehen über die Taiwan-Straße - birgt Risiken. Bei den Importen liegt ebenfalls China an erster Stelle. Daher will die Regierung die Handelsbeziehungen diversifizieren.

Besonders deutlich wird dieses Problem der Abhängigkeit im aktuellen Handelsstreit zwischen den USA und Beijing. Dieser hat Auswirkungen auf Firmen mit

einer eigenen Produktion in China, die dort häufig als Auftragsfertiger für US-Unternehmen tätig sind. Taiwanische Firmen gehören zu den größten Exporteuren aus der Volksrepublik und sind daher von höheren Zöllen stark betroffen. Nicht zuletzt deshalb soll der Austausch mit Südostasien ausgebaut werden. Der ASEAN-Markt ist gegenwärtig bereits der zweitwichtigste Handelsblock des Landes. Um die Stellung als Produktions- und Logistikhub sowie als Forschungs- und Entwicklungszentrum in der Region zu stärken, will die Insel mehr Freihandelsabkommen abschließen. Zudem soll die Kooperation mit den fortgeschrittenen Ländern und Regionen USA, Japan, Deutschland und der EU ausgebaut werden.

Der Fokus liegt auf F&E

Da die internationale Konkurrenz stetig wächst, will die Regierung die industrielle Landschaft in den nächsten Jahren moder-



Die Insel bietet einen kleinen, aber sehr konsumfreudigen Markt.

nisieren. Um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen, wird in smarte Produktion und in intelligente Liefer- und Distributionssysteme investiert. Zudem wird der Fokus noch stärker auf Forschung und Entwicklung - rund 3% der Wirtschaftsleistung - sowie Humankapital gelegt.

Fachkräfte spielen eine Schlüsselrolle. Allerdings konzentriert sich die Ausbildung überwiegend auf den akademisch-theoretischen Bereich, technische Bildung ist dagegen eher schwach vertreten. Dies, zusammen mit einem durch demographische Entwicklung schrumpfenden Arbeitskräftepool - die Geburtenrate liegt unter der Deutschlands -, macht eine Produktivitätssteigerung durch Automatisierung und intelligente Maschinen umso dringlicher.

Energiewende angestrebt

Automatisierung und intelligente Produktion sollen auch dazu beitragen, die Energieeffizienz zu erhöhen - denn Taiwan hat sich, ebenso wie die Bundesrepublik, zum Ausstieg aus der Atomkraft bis 2025 entschieden. Daher wird in den nächsten Jahren stark in die Energiewende investiert, um den bisherigen Anteil der Atomenergie von 14% durch grüne Energien, Modernisierung der fossilen Kraftwerke und sonstige Energiesparpotenziale zu kompensieren.

Dadurch ließe sich auch die Abhängigkeit von Energieimporten - im letzten Jahr waren es 53 Mrd US-Dollar - verringern. Vor allem der Ausbau von Solarenergie wird gegenwärtig vorangetrieben mit dem Ziel, 2025 eine Kapazität von circa 20 GW für die Stromerzeugung zu erreichen. Zudem gehen die Pläne für den Offshore-Windenergieaufbau in die Umsetzungsphase. Laut Regierung soll die Energieerzeugung bis 2025 zu 20% aus erneuerbaren Quellen erfolgen.

Analyse: Taiwan

Stärken	Schwächen
<ul style="list-style-type: none"> Breite industrielle Basis Starke Stellung als OEM-Lieferant Flexible Unternehmerschaft und Arbeitskräfte Gute Verkehrs- und IT-Infrastruktur Nähe zur Volksrepublik China als Produktionsstandort und Absatzmarkt 	<ul style="list-style-type: none"> Hohe Exportabhängigkeit Hohe Abhängigkeit von Energie- und Rohstoffimporten Relativ kleiner Binnenmarkt Nur wenige Freihandelsabkommen Administrative Eingriffe
Chancen	Risiken
<ul style="list-style-type: none"> Staatliche Förderung innovativer Branchen Konsumfreudiger Absatzmarkt Investitionen in die Produktionserweiterung Nachholbedarf in Sachen Energieeffizienz Ausstieg aus der Atomkraft 	<ul style="list-style-type: none"> Hohe Abhängigkeit vom Exportmarkt China Politische Spannungen mit Beijing Niedrige Geburtenrate und rasche Überalterung Zunehmender Fachkräftemangel Energiemangel

AUSSENHANDEL

Eine „lästige Anforderung“

Die EU-Umfrage zu Ursprungsregeln ist ausgewertet

BRÜSSEL (NfA)--Im letzten Sommer führte die Europäische Kommission eine Umfrage zu den Ursprungsregeln durch, um die Rolle und die Auswirkungen bei der Umsetzung von Freihandelsabkommen besser zu verstehen. Die 1.011 Antworten von Ausfuhrern unterschiedlicher Größe, die in allen EU-Mitgliedstaaten etabliert sind, weisen auf mehrere Faktoren hin, die die Verwendung der Präferenzen von Freihandelsabkommen beeinflussen können, wie der DIHK in seinem „Bericht aus Brüssel“ online bekannt gab.

Dabei wurden Fragen zur Kenntnis über Abkommensinhalte und zu den Schwierigkeiten beim Exportieren unter Präferenzen, zu den Erfahrungen mit den präferenziellen Ursprungsregeln und Ansichten zu einer Testversion eines Hilfesinstrumentes gestellt. Eine große Mehrheit (80%) besitzt zehn Jahre oder mehr Erfahrung im Außenhandel, und 69% der Befragten haben bereits von Vorzugsexporten im Rahmen von Freihandelsabkommen profitiert.

37% der Befragten gaben an, dass Ursprungsregeln eine „lästige Anforderung“ darstellen. Trotz der umfassenden Erfahrung sind nur 33% aller Unternehmen der Ansicht, dass sie über alle Informationen verfügen, die sie zur Einhaltung der Vorgaben benötigen. Je größer das Unternehmen, desto höher ist das Fachwissen über Ursprungsregeln. 44% erklärten, dass sie weitere Erläuterungen zu produktspezifischen Regeln benötigten, und gaben mehrere Vorschläge zur Verbesserung (Informationen in der Muttersprache und einfacherer Zugang zu Rechtstexten). 37% begrüßten ein interaktives Onlinetool, das zur Selbsteinschätzung der Einhaltung der Regeln beitragen würde.

Insgesamt können 76% der Befragten die Ursprungsregeln erfüllen. Nur ein begrenzter Prozentsatz von 13% räumte ein, die Vorgaben nicht einhalten zu können. Mehrere Befragte betonten, dass es wichtig sei, kohärente Ursprungsregeln in den Verträgen der Union zu gewährleisten. 21% haben kein Problem, die Ursprungsregeln einzuhalten. Die anderen haben vor allem Schwierigkeiten, Lieferantenerklärungen zu erhalten (24%) und auch Probleme mit den Verfahrensanforderungen.

Die Umfrage lieferte der Kommission zufolge nützliche Anregungen für die Bemühungen, die europäischen Exporteure dabei zu unterstützen, die Handelsabkommen stärker zu nutzen. Den Zugang zu Informationen über Ursprungsregeln zu erleichtern und benutzerfreundlicher zu gestalten, sei dabei eine der wichtigsten Maßnahmen, so das Fazit.

Die Aufgabe der Ursprungsregeln in den Freihandelsabkommen besteht darin, sicherzustellen, dass die im Rahmen eines Handelsvertrages gewährten Zollpräferenzen nur für Produkte gelten, die tatsächlich von den Vertragsparteien eines Freihandelsabkommens stammen. Ursprungsregeln definieren einen bestimmten Arbeits- oder Verarbeitungsgrad, der es ermöglicht, dass ein Produkt als Ursprung einer Partei angesehen wird, sowie Verfahren zum Nachweisen und Überprüfen der Herkunft.

Die Umfrage erfolgte in Form eines Onlinefragebogens mit Multiple-Choice-Fragen sowie der Möglichkeit, Freitextantworten bereitzustellen. Es sei sehr wichtig, KMU in die Umfrage einzubeziehen, da unabhängige Studien zeigen, dass diese Unternehmen am meisten Schwierigkeiten haben könnten, Freihandelsabkommen zu nutzen, so der Tenor. Je größer das Unternehmen, desto größer die Kenntnis.

Die Umfrage konzentrierte sich auf folgende Aspekte: die Verwendung von Präferenzen, die im Rahmen der Freihandelsabkommen der Europäischen Union gewährt werden, die Kenntnisse der Wirtschaftsteilnehmer über Anforderungen in Bezug auf die Ursprungsregeln, mögliche Schwierigkeiten mit Ursprungsregeln beim Exportieren unter Präferenzen und das Feedback zu einer Testversion des Ursprungshilfetools.

GLOSSAR:

Ursprungsregeln

Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsverfahren, die das Ursprungsland eines Produkts bestimmen, das heißt: in welchem Land es als zu Zollzwecken und zu anderen Handelszwecken hergestellt gilt. Diese Regeln können von Land zu Land variieren.

Ursprungszeugnis

Dokument, das das Herstellungsland bescheinigt. Unterschiedliche Präferenzregelungen erfordern unterschiedliche spezifische Ursprungsnachweise. Zum Beispiel erfordern die Präferenzregelungen der EU mit bestimmten Ländern eine Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 oder EUR-MED.

Kumulierung

Ein System, das die Weiterverarbeitung oder das Hinzufügen von Erzeugnissen mit Ursprung in Land A zu Erzeugnissen mit Ursprung in Land B ermöglicht, als ob sie aus Land B stammen würden. Das resultierende Produkt hat den Ursprung von Land B.

Ursprungsnachweis

Nachweis, dass die Waren die Ursprungsanforderungen erfüllen, die in einem Freihandelsabkommen festgelegt sind.

Produktspezifische Regeln

Liste der Bearbeitungen oder Bearbeitungen, die an Materialien ohne Ursprungseigenschaft vorgenommen werden müssen, damit das hergestellte Produkt die Ursprungsbezeichnung erhält.

REX (Registered Exporter System)

das System der Selbstbescheinigung des Warenursprungs. Die Wirtschaftsteilnehmer geben den Ursprung der Waren selbst auf einer Rechnung oder einem anderen Handelspapier an. Um eine Erklärung zum Ursprung abgeben zu können, muss ein Wirtschaftsteilnehmer von seinen zuständigen Behörden in einer Datenbank registriert werden. Der Wirtschaftsteilnehmer wird zum „registrierten Exporteur“.

DEUTSCHLAND

China ist die große Sorge der Wirtschaft

Beijing schnürt Konjunkturpaket / Von Tom Fairless und Christian Grimm

BERLIN (Dow Jones)--Europas Konjunkturmotor ist ins Stottern geraten. Die deutsche Wirtschaft ist am Jahresende einem BIP-Rückgang wohl nur knapp entgangen und konnte im Gesamtjahr 2018 um 1,5% zulegen. Das ist im Vergleich zu den plus 2,2% aus dem Jahr davor eine deutliche Abkühlung. In den Chefetagen der exportstarken deutschen Unternehmen sind die Sorgenfalten tief, auch wenn die größte Volkswirtschaft der EU nicht vor einer unmittelbaren Krise steht. Im Fokus steht die Furcht vor einem Ende des drei Jahrzehnte währenden China-Booms.

Im November schwächte sich das Wachstum der Exporte aus der Bundesrepublik in das Reich der Mitte gegenüber dem Vorjahresmonat auf rund 4% ab. In den Monaten zuvor hatten die Ausfuhren noch zweistellige Wachstumsraten verzeichnet. Neueste Konjunkturdaten aus der zweitgrößten Volkswirtschaft der Erde enttäuschten zuletzt die Märkte.

Für Schmerzen sorgt der Handelsstreit

Der Handelsstreit mit den USA und die als Folge von Washington verhängten Strafzölle beginnen, den chinesischen Unternehmen weh zu tun. Die Lieferungen der Werkbank der Welt in das Ausland fielen im Dezember um 4,4%. Gleiches gilt für die Importe - auch hier gab es entgegen den Schätzungen ein Minus. Ultimatives Alarmsignal für die deutsche Industrie sind die erstmals seit 2018 rückläufigen Autoverkäufe.

Nach Einschätzung von Commerzbank-Chefvolkswirt Jörg Krämer hängt die Konjunktorentwicklung hierzulande stark von der Reaktion Beijings auf die Wachstumsabschwächung ab. Ministerpräsident

Li Keqiang verkündete auf einer Plenarsitzung des Kabinetts, dass die Regierung härter arbeiten werde, um sicherzustellen, dass das Wirtschaftswachstum in einem angemessenen Bereich bleibe.

Zu dem Maßnahmenpaket gehören mehr Kredite für kleinere Unternehmen, beschleunigte Infrastrukturinvestitionen des Staates und niedrigere Steuern. „Wenn sich die chinesische Wirtschaft trotzdem nicht fängt, würde die chinesische Regierung ihr Konjunkturpaket wohl massiv aufstocken“, erwartet Krämer. Er warnte aber vor den Risiken einer ohnehin hohen Verschuldung von öffentlicher Hand und Unternehmen.

In die Vorstände großer deutscher Unternehmen ist deshalb aber noch keine Zuversicht zurückgekehrt, was den entscheidenden Wachstumsmarkt und Gewinnbringer betrifft. Volkswagen und der Zuliefererkonzern Continental leiden schon heute unter der geringeren Nachfrage. Erst kürzlich bereitete Conti seine Anleger auf geringere Renditen vor.

Gegenwind erwarten die Hannoveraner im ersten Halbjahr aus China, das unter dem Handelsstreit mit den USA leidet. Osram-Chef Olaf Berlien schickte den Kurs seines Unternehmens nach unten,

als er sich in einem Interview mit der Augsburger Allgemeinen besorgt über die nachlassende Auto-Konjunktur äußerte und auf die seit einigen Monaten rückläufigen Verkaufszahlen in China hinwies.

Brexit, Italien und Frankreich heißen die anderen Probleme

Das China-Problem Deutschlands ist bei weitem nicht die einzige ernsthafte Schwierigkeit. Verwerfungen drohen, sollte Großbritannien ungeordnet aus der EU austreten oder sich die italienische Regierung ernsthaft mit Brüssel anlegen. Wegen der seit Jahrzehnten schlechten Regierung will das Wachstum in der drittgrößten Volkswirtschaft der Eurozone nicht an Tempo gewinnen.

In Frankreich ist der Nimbus von Präsident Emmanuel Macron durch die Gelbwesten gebrochen. Auch für das wichtigste Partnerland der Bundesrepublik erwarten die Volkswirte ein gedämpftes Wachstum.

Die Ökonomen von Capital Economics haben ihre Prognose für den Anstieg der Wirtschaftsleistung der Eurozone 2019 wegen der ungünstigen Aussichten in den Top-3-Ländern von 1,8 auf 1% zusammengestrichen. „Ein Mix aus politischen Unwägbarkeiten hat einen scharfen Rückgang bei Verbrauchervertrauen und Geschäftsklima ausgelöst, während gleichzeitig die Produktionsdaten aus der Industrie sehr enttäuschend ausgefallen sind“, begründeten die Analysten ihren Schritt.

EUROPÄISCHE UNION

Mehr Mitsprache für deutsche KMU

BERLIN (NfA)--Der deutsche Mittelstand sei, laut Mitteilung des Bundeswirtschaftsministeriums (BMWi), eng mit der europäischen Wirtschaftspolitik verflochten, EU-Vorgaben prägten zunehmend seine Geschäftstätigkeit. Gleichzeitig fielen es kleinen und mittleren Unternehmen oft schwer, einen Überblick über die Fülle der EU-Vorhaben zu behalten. Abhilfe schaffe der EU-Mittelstandsmonitor, den das BMWi gemeinsam mit Wirtschaftsverbänden herausgebe.

Er biete Informationen zu mittelstandsrelevanten Vorhaben und Zugang zu laufenden Konsultationsverfahren der Kommission: Aus dem aktuellen Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2019 wirkten sich 34 von 117 Vorhaben besonders stark auf den Mittelstand aus. „Wir setzen uns für eine mittelstandsfreundliche Gestaltung europäischer Vorhaben ein. Gleichzeitig ist es wichtig, dass auch kleine und mittlere Unterneh-

men die EU-Gesetzgebungsprozesse aktiv in ihrem Sinne mitgestalten können“, so Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier in der Mitteilung.

Branchenübergreifende Vorhaben zur Digitalisierung, zum Aufbau eines fairen und zukunftssicheren Binnenmarkts Investitionstätigkeit und zur Barrierefreiheit für Produkte und Dienstleistungen seien von besonderer Bedeutung für KMU. Mehr unter: www.eu-mittelstandsmonitor.de

AUSSENHANDEL

„Die Situation ist nicht krisenhaft“

BERLIN (AFP)--Der BGA rechnet mit einer Zunahme der deutschen Exporte in diesem Jahr. Verbandspräsident Holger Bingmann sagte der „Welt“, „trotz der hohen Wahrscheinlichkeit eines ungeordneten Brexit“ gehe man von einem Wachstum von bis zu 3% aus. Für 2020 werde gar ein Plus von bis zu 3,5% erwartet.

Zwar könnte selbst ein geordneter Brexit Deutschland 0,3 bis 0,5 Prozentpunkte am BIP kosten, sagte Bingmann. Auch habe die Wahrscheinlichkeit zugenommen, dass es zu „Einzelereignissen“ wie dem Scheitern der Handelsgespräche zwischen den USA und China komme. Grundsätzlich aber sei die Verfassung der Weltwirtschaft robust genug, um den Exporteuren bessere Geschäfte zu sichern. „Überall auf der Welt wird nach wie vor gebaut, investiert und vor allem konsumiert“, so der BGA-Chef. „Die Situation ist nicht krisenhaft.“

ELEKTRONIK

Sony verlegt den Europasitz

TOKIO (AFP)--Aus Sorge vor den Konsequenzen eines harten Brexit verlegt der japanische Elektronikkonzern Sony seinen Europasitz von Großbritannien nach Amsterdam. Der Umzug solle bis Ende März abgeschlossen sein, so ein Konzernsprecher. Damit sollten „umständliche Zoll-

prozeduren“ vermieden werden, begründete er die Entscheidung.

Sony hatte im vergangenen Jahr eine neue Firma in den Niederlanden registrieren lassen und will seinen europäischen Sitz nun dort integrieren. Dabei handelt es sich um einen rechtlichen Schritt, mit dem die europäische Vertretung des Konzerns „in der EU“ belassen wird. Das in Großbritannien für Sony arbeitende Personal und das tägliche Geschäft sollen nicht verlagert werden.

WINDENERGIE

Gamesa entwickelt riesige Offshore-Turbine

ZAMUDIO (Dow Jones)--Im Rennen um immer leistungsfähigere Windturbinen hat Siemens Gamesa jetzt ein Modell für den Einsatz auf See in der Leistungsklasse von 10 MW und mehr vorgestellt. Nach dem Bau eines Prototyps im laufenden Jahr ist der kommerzielle Start der Turbine namens SG 10.0-193 DD für 2022 vorgesehen, wie das mehrheitlich von Siemens kontrollierte Unternehmen mitteilte. Die Windkraftanlage, deren Rotorblätter annähernd die Länge eines Fußballfeldes haben, kann jährlich 30% mehr Strom produzieren als ihr Vorgänger.

Gamesa erklärte, 20 der neuen Turbinen seien in der Lage, den jährlichen Bedarf an elektrischer Energie einer Stadt in der Größe Liverpool zu decken. Ein Generator mit größerem Durchmesser liefere die erhöhte Leistung. Die Maschinenhäuser sollen in Cuxhaven gebaut werden.

AUSBLICK

auf die kommende Ausgabe

ENTSENDUNG

Warum bei Lieferketten auf die Nachhaltigkeit zu achten ist

LÄNDERPROFIL

Slowenien ist ein interessanter Standort – aber nicht ohne Risiko

AUSSENHANDEL

Saudi-Arabien verschiebt Zertifizierung erneut

FRANKFURT (NfA)--Die Anwendung der Vorschriften zur oxo-biologischen Zertifizierung und Markierung von Kunststoffprodukten in Saudi-Arabien wurde für einige Produkte erneut verschoben. Nunmehr soll sie am 1. September zur Pflicht werden, wie die AHK mitteilt. Die Bestimmungen erstrecken sich sowohl auf Waren, die als eigenständiges Produkt unter den auf der Website der Organisation für Standards, Metrologie und Qualität (SASO) genannten HS-Nummern geführt werden, als auch auf Kunststoffprodukte, die lediglich aus Transportgründen zur Verpackung der eigentlich zu importierenden Hauptware verwendet werden.

Die Beantragungspflicht für die Zertifizierung obliegt dem saudischen Importeur. Die betroffenen Kunststoffprodukte werden dabei auf Konformität mit der neuen Regelung geprüft und registriert. Ferner setzen die Registrierung und Zertifizierung der betroffenen Produkte voraus, dass die in Saudi-Arabien ansässigen Hersteller und Importeure ihre ausländischen Lieferanten benennen. Es dürfen ausschließlich Kunststoffmaterialien eingeführt werden, die von zugelassenen Exporteuren stammen. Eine Übersicht über die Firmen ist unter <https://bit.ly/2DoYvXb> aufgelistet. Interessierte deutsche Unternehmen müssen sich online bei der SASO registrieren (<https://bit.ly/2FFGPIW>).

ZUM AUSKLANG

“Wirtschaftskrisen erkennt man daran, dass die Bevölkerung aufgefordert wird, Vertrauen zu haben.”
Kurt Tucholsky

Business-Kalender Außenwirtschaft

Neu veröffentlichte Inlandstermine:

Termin	Ort	Thema	Veranstalter
18.02.2019	Stuttgart	Vietnam Beratungsgespräche mit der AHK Vietnam	IHK Region Stuttgart
19.02.2019	Frankfurt (Main)	Chinesisches Denken besser verstehen – Kulturelle Herausforderungen meistern	IHK Frankfurt am Main
19.02.2019	Würzburg	Belarus-Neue Geschäftsmöglichkeiten	IHK Würzburg-Schweinfurt
21.02.2019	Heilbronn	AHK-Sprechtage Israel	IHK Heilbronn-Franken
21.02.2019	Ludwigshafen	Brasilien vor dem Comeback?	IHK für die Pfalz (Ludwigshafen)
04.03.2019	Erfurt	Japan-Wegweiser - wohin geht es mit dem Japan-EU Free Trade Agreement JEFTA?	Landesentwicklungsgesellschaft Thüringen mbH (LEG Thüringen)
11.03.2019	Mannheim	ASEAN Insights 2019	IHK Rhein-Neckar
12.03.2019	Todtnau	IHK vor Ort: Geschäfte mit der Schweiz- Was muss ich beachten?	IHK Hochrhein-Bodensee (Konstanz)



Quelle: IXPOS | Außenwirtschaftsportal www.ixpos.de/kalender

Der NfA-Business-Kalender Außenwirtschaft erscheint regelmäßig mit den neu bekannt gewordenen Inlandsterminen und mit wichtigen Auslandsterminen, die mindestens sechs Wochen im Voraus angekündigt werden. Alle Angaben ohne Gewähr für Richtigkeit und Vollständigkeit.